

esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
- interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
nteresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
teresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
eres - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -

INTERESSE

2026/1

Soziale Information Nr. 1

Herausgegeben vom
Fachbereich Gesellschaft und Soziales
der Diözese Linz

Das Land der Bauernkriege

Oberösterreich war über Jahrhunderte ein Brennpunkt bäuerlichen Widerstands – mit dramatischen Folgen. Vom ersten Aufbegehren im Mittelalter bis zum blutigen Bauernkrieg von 1626 spannt sich eine Geschichte von Unterdrückung, Glaubenskämpfen und sozialer Not, aber auch von Hoffnung und radikalen Forderungen nach Freiheit.

von Roman Sandgruber

Das Jahr 2026 wurde von der oberösterreichischen Kulturpolitik zum Bauernkriegsgedenkjahr erklärt. Die „communale oö“, das Nachfolgeformat der früheren Landesausstellungen, widmet sich heuer mit einer zentralen Ausstellung im Linzer Schlossmuseum dem größten Oberösterreichischen Bauernkrieg, jenem von 1626. Dazu gibt es zahlreiche weitere Aktivitäten in vielen besonders betroffenen Gemeinden, von Alkoven und Altmünster bis Weibern und Wolfsegg.

Kaum eine Region nicht nur in Österreich, sondern auch im gesamten europäischen Raum wurde in der frühen Neuzeit von so vielen Bauernrevolten und Bauernkriegen erschüttert wie Oberösterreich. Für das halbe Jahrtausend zwischen dem 14. und 19. Jahrhundert hat der verdiente oberösterreichische Bauernkriegsforscher Georg Grüll insgesamt 62 kriegerische Auseinandersetzungen, sozialrevolutionäre Auflehnungen und Abgaben- und Robotstreiks gezählt.

Oberösterreich: Zentrum der Bauernkriege

Die Liste beginnt mit einem Aufstand im Jahr 1356 gegen das Kloster



Kremsmünster und endet knapp vor dem Jahr 1848, in welchem die grundherrschaftliche Abhängigkeit der Bauern von ihren Grundherren endgültig beseitigt wurde. Der Chorherr Albin Czerny nummerierte die drei größten Aufstände im Jahr 1525, 1595 – 1597 und 1626 als den ersten, zweiten und dritten Oberösterreichischen „Bauernkrieg“. In dem besonders blutigen „dritten“ von 1626 kamen von den etwa 40.000 beteiligten bäuerlichen Kämpfer:innen rund 12.000 ums Leben, also fast fünf Prozent der damaligen Bevölkerung. Für ein so kleines Gebiet wie Oberösterreich, das damals ohne das Innviertel weniger als 250.000 Einwohner:innen hatte, ein extrem hoher Blutzoll, vergleicht man das mit Schätzungen für den großen deutschen Bau-

ernkrieg hundert Jahre früher, wo man für das gesamte damalige Deutsche Reichsgebiet mit rund neun Millionen Einwohner:innen von etwa 80.000 Toten ausgeht, also deutlich weniger als ein Prozent.

Die Bauernkriege wurden mit ungeheurer, für uns heute kaum vorstellbarer Grausamkeit geführt. Im Heimatmuseum Freistadt befindet sich ein oft reproduziertes Flugblatt aus dem Jahr 1597: „Bestrafung der aufständischen Bauern“: Dargestellt ist das Abschlagen der Hände, Abschneiden der Nasen und Ohren, Herausreißen der Zungen, Zwicken mit glühenden Zangen, Pfählen auf Zaunstangen und sonstigen spitzen Pfosten und zuletzt Aufhängen und Köpfen. Oft besprochen ist das sogenannte Frankenburg Würfel-

spiel, eine als Gottesurteil getarnte Folter und Hinrichtung. Da die führenden Akteure nicht greifbar waren, ließ der damalige Statthalter Graf Herberstorff statt ihnen 38 Vorsteher und Bürger der Märkte Frankenburg und Vöcklamarkt sowie der umliegenden Pfarngemeinden paarweise um ihr Leben würfeln. Zwei der Verlierer wurden begnadigt, 17 aber an Ort und Stelle sowie an den Kirchtürmen von Frankenburg, Neukirchen an der Vöckla und Fran-

kenmarkt aufgehängt. Das war keineswegs das größte oder schlimmste Schandurteil in diesen Kriegen.

Ideologie und Ursachen

In den Bauernkriegen ging es um die bäuerliche Existenz. Sie richteten sich gegen feudale Unterdrückung, religiöse Bevormundung und fremde Ausbeutung. Die Religion spielte eine wichtige Rolle. Revolutionär waren die Bauern selten. Primär ging es um die Forderung der Wiederherstellung der gewohnten Verhältnisse, des „alten Rechts“, die Senkung der Abgaben, die Abschaffung neu eingeführter Steuern und die freie Wahl der Pfarrer. Aber es gab auch radikalere Forderungen, bis hin zu der Beseitigung jeglicher Staatlichkeit und aller Obrigkeiten. 1589 prophezeite ein Mühlviertler Bauer, Thomas Khagerer zu Wintersperg auf dem Kasten, es werde die Zeit kommen, dass die Bauern im Himmel und die Herren aber in der Hölle sitzen würden. Die 15 Artikel aus dem oberösterreichischen Bauernkrieg von 1595/97 forderten eine „schweizerische“ Freiheit. Die Adeligen befürchteten eine „Demokratia“. Manche Bauernvertreter meinten, dass man alle Herren und Pfaffen erschlagen solle.

1625/26 kamen mehrere äußere Ursachen zusammen: Erstens die kleine Eiszeit, eine Kälteperiode, die um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht hatte und eine Reihe schwerer Missernten zur Folge hatte, zweitens die durch die Finanzierung des Dreißigjährigen Krieges ausgelöste Geldverschlechterung und damit Hyperinflation und drittens die durch die Unterdrückung und Vertreibung der Protestant:innen verursachte Wirtschaftskrise. Im Jahr 1625 wurde am steirischen Erzberg überhaupt kein Eisen erzeugt. Die Hämmer der Eisenwurzen standen still und der Eisenhandel der Stadt Steyr brach völlig zusammen. Ähnlich war es mit dem Salzexport. Und auch der damals für Oberösterreich noch sehr wichtige

Weinexport kam völlig zum Erliegen. Dass der Kaiser, um die horrenden Kriegskosten zu finanzieren, das Land an den bayerischen Kurfürsten verpfändet hatte, brachte das Fass zum Überlaufen. Dieser wollte nicht nur die Rekatholisierung weiter vorantreiben, sondern sich vor allem auch seine Kosten zurückholen.

Der unmittelbare Anlass zum landesweiten Aufstand war eine Wirtshausrauferei mit bayerischen Soldaten am 17. Mai 1626 in Lembach, bei der mehrere Beteiligte ums Leben kamen. Stefan Fadinger, Bauer aus Parz bei St. Agatha, wurde zum Anführer der Bauern im Hausruck- und Traunviertel gewählt und sein Schwager, der Gastwirt Christoph Zeller aus St. Agatha, zum Befehlshaber im Mühl- und Machlandviertel. Insgesamt standen rund 40.000 Bauern unter Waffen. Die Bauernheere eroberten fast ganz Oberösterreich mit Ausnahme des Salzkammerguts, des Mondseelands und des südlichen Ennstals. Die Städte Wels, Steyr, Vöcklabruck und Gmunden konnten sie kampflos in ihre Gewalt bringen. Freistadt wurde nach langer Belagerung erobert. In Linz scheiterten sie. Stefan Fadinger wurde vor den Stadtmauern durch eine Kugel schwer verwundet und starb am 5. Juli 1626, ebenso Christoph Zeller am 18. Juli. Das war der Wendepunkt. Ab nun erlebten die Bauern eine Niederlage nach der anderen: bei Neuhofen-Gschwendt, Leonfelden, Gmunden und Vöcklabruck. Besonders verlustreich waren die Schlachten im Emlinger Holz bei Eferding am 9. November mit rund 3.000 Toten und in Pinsdorf am 15. November 1626 mit etwa 2.000. Der letzte Kampf fand am 19. November in Wolfsegg statt.

Blutige Nachwirkung

Ein furchtbares Strafgericht folgte. Doch die Unruhen ebten nur langsam ab. 1632 bis 1636 konnte der Bauernführer und religiöse Sektierer Martin Eichinger, genannt „der Laimbauer“, noch einmal zahlreiche Anhän-

ger:innen im Machland und in der Riedmark mobilisieren. Doch dieses Mal waren es anders als 1626 nicht so sehr Männer, sondern vor allem Frauen und Kinder. Etwa 300 seiner Anhänger:innen wurden 1636 durch Truppen der oberösterreichischen Stände bei der Kirche auf dem Frankenberg, Gemeindegebiet Langenstein, eingekesselt und niedergemetzelt. Am 20. Juni 1636 wurde auf dem Hauptplatz der Stadt Linz ein groß angelegtes Hinrichtungsschauspiel inszeniert. Der englische Diplomat Thomas Howard, Earl of Arundel, der dabei anwesend war, lieferte einen authentischen Reisebericht: „Nachdem Laimbauer auf das Schafott gebracht und sein Gesicht verhüllt worden war, hielten ihn zwei Männer am Block fest. Dann kam der Henker mit einem Paar rotglühender Zangen, zwickte ihn an beiden Brüsten, heftete seine rechte Hand an einen Block und schlug sie ab. Darauf schlug er ihm das Haupt ab ... Anschließend kamen die nächsten an die Reihe, und auch ein vierjähriger Knabe, Laimbauers Kind, welcher in gleicher Weise behandelt wurde.“ Doch Ruhe kehrte nicht ein, trotz der Reformen, die unter Maria Theresia und Joseph II. verwirklicht wurden. 1824 stand das Mühlviertel nach Meinung des Kreishauptmanns noch einmal vor einer großen Bauernrevolution. Aber zu einem organisierten Aufstand kam es nicht mehr. Landesweite Berühmtheit erlangte Michael Huemer, der Kalchgruber zu Elmburg, der 27 Jahre aus dem Untergrund kämpfte. Die Behörden hatten ihn nie fassen können. Als er 1849 starb, verständigten seine Anhänger den Landeshauptmann, er könne den Kalchgruber jetzt abholen. Er liege auf dem „Laden“, das heißt der Bahre. Aber ein Jahr vorher war in der Revolution von 1848 die Grundentlastung erkämpft und beschlossen worden. Die Zeit der Bauernkriege war in Österreich vorbei.

*em. Univ. Prof. Dr. Roman Sandgruber
Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Johannes Kepler Universität Linz*

Wo Türen zufallen und Hoffnung bleibt – Erfahrungen aus der Gefängnisseelsorge

„Wenn hinter mir die Tür zufällt und die Zelle verschlossen wird, spüre ich Einsamkeit und Verlorenheit. Meine Gedanken fangen zu kreisen an und ich weiß oft nicht, wie ich das Wochenende überstehen soll.“ Mit diesen Sätzen wird exemplarisch eine Realität gezeigt, die sprachlos werden lässt.

Seit einem Jahr arbeite ich als Gefängnisseelsorger im Forensisch-Therapeutischen Zentrum in Garsten, wo nur Männer inhaftiert bzw. untergebracht sind.

Die „eingeschlossenen“ Ausgeschlossenen – die harte Realität des Gefängnisses

Wenn ich interessierten Menschen vom Gefängnis erzähle und wie hart dieser Ausschluss (aus dem sozialen und gesellschaftlichen Leben) und Einschluss (Einschränkung der Bewegungs- und Handlungsfreiheit) für die Betroffenen ist, dann bekomme ich öfters zu hören: Die sind ja selbst schuld an dieser Situation. Dieser Aussage widerspreche ich grundsätzlich nicht, aber als Gefängnisseelsorger frage ich mich dennoch, ob das Gefängnis wirklich der geeignete Ort ist, Verantwortung für DIE eigene Tat und das Strafausmaß zu übernehmen. Das Selbstverständnis der Gefängnisseelsorge im Allgemeinen und eben auch meines ist es, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die Tat. Wir bemühen uns als Seelsorger:innen um den ganzen Menschen und bieten neben Einzelgesprächen auch inhaltliche Gruppensettings an, vor allem aber Gottesdienste, Andachten und Unterstützung bei emotionalen oder sozialen Notlagen. Wir tun dies in guter Absprache mit anderen Fachdiensten (psychologischer, sozialarbeiterischer, ergotherapeutischer oder sozialpädagogischer Dienst) und mit den Vollzugsbeamt:innen. Gerade in einem forensisch-therapeutischen Zentrum ist diese Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung.

Gemeinschaftserfahrungen der anderen Art

Die Gemeinschaftserfahrungen sind im Gefängnis überraschend divers,

weil eine Vielzahl verschiedener Sprachen, Kulturen, Religionen und Gottesdienstverfahren durch die Insassen zusammenkommt.

Die von der Anstalt nicht überwachten zwei Stunden an bunter Kommunität sind ebenso spannend wie fragil. Das uns Verbindende lässt sich nicht herstellen und manche Gottesdienste erlebe ich als Geschenk und lassen mich an Paulus denken, der im Brief an die Galater schreibt: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus.“ (Gal 3,28) Das uns Verbindende geht weit über die vorfindliche Ansammlung der Inhaftierten hinaus – nicht wenige spüren das als tragend und erfahren es als solidarische Gemeinschaft. Und das gebrochene Brot, dass sie und ich empfangen, kann ihre Wunden und Gewalttätigkeit ein wenig heilen. Gerade bei männlichen Gewalttätern ist es mir in seelsorglichen Gesprächen möglich, eine andere Art der Männlichkeit zu vermitteln, die mit Brüchen und Verletzungen gut umgehen kann.

Ich selbst biete mich als verletzlichen, berührbaren und kraftvollen Seelsorger an. Und anhand von Jesus kann ich durch biblische Geschichten und Deutungen zeigen, dass Gebrochenes wieder ganz werden kann, dass der/das Geknickte nicht abgebrochen wird und dass das gebrochene Brot in der Kommunion uns alle – mich „eingeschlossen“ – heilen und gesund machen kann.

Als Bischof Manfred beim Weihnachtsgottesdienst 2024 in Garsten war, berührte das Lied eines Insassen ihn so – er sang „Happy Birthday to You Jesus“ – dass er seine Predigt umstellte und darauf Bezug nahm. Auch diese gebrochenen Männer haben uns was zu sagen und zu geben.

Helmut Eder, Gefängnisseelsorger im FTZ-Garsten, Referent für Gefängnisseelsorge in OÖ, Leitung Seelsorge in Spezifischen Lebenssituationen

Aushalten – Verzeihen – Weitergehen

In Gesprächen wird mir oft deutlich, dass ein rationaler Nachvollzug der eigenen Tat für die Häftlinge selbst schwer zu verstehen und für die betroffenen Opfer schwer auszuhalten ist. Bei manchen wiegt die Tat so schwer, dass schon ein Blick auf diese Tat-Sache ein sehr schwieriger Prozess mit viel Verleugnung, Angst oder Scham verbunden ist. Einer hat mir mal bei einem solchen Prozess gesagt: „Du, Helmut hältst viel aus – ich halte mich selbst manchmal nicht aus oder das, was ich gemacht habe.“ Wer diesen schmerzhaften Schritt gemacht hat, kann dann erst den nächsten Schritt machen, der da heißt: sich selbst zu verzeihen mit der Hilfe des Glaubens oder aus der verzeihenden Zusage Gottes. Und danach den Mut zu haben, die Opfer oder die Angehörigen der Opfer um Verzeihung zu bitten. Das ist der schwerste Schritt – der manchmal in das Dunkle und durch die Wüste führt. Da knüpfe ich an die Erzählung vom Buch Exodus an, wenn der geflohene „Totschläger“ Moses nach dem Ringen mit Gott und seinem Namen schließlich sagen kann: Ich gehe den Schritt der Versöhnung und des Neuanfangs. In manchen Gesprächen erwähne ich diese Moses-Geschichte, dass dieser trotz seines Verbrechens und seiner Flucht zu einem solch kühnen Auftrag nach Ägypten zurückgeschickt wird. Letztlich kommt es darauf an, den konkreten Menschen in der Haft so zu begegnen, dass sie Würde, Wertschätzung, Ermutigung und christlich gesprochen „Liebe“ erfahren. Die Zusage, dass jeder Mensch vor jeder Leistung und trotz aller Schuld bedingungslos von Gott geliebt wird, muss ich als Seelsorger auch so leben und davon Zeugnis geben können, sodass es mein Gegenüber das spürt.

Wenn Preise entgleisen: Profiteur:innen und Verlierer:innen?

Preise steigen, Kaufkraft sinkt, Ungleichheit wächst: Auch wenn die hohe Inflation ihren Höhepunkt überschritten hat, bleibt sie für viele Menschen in Österreich bittere Realität. Während Haushalte mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, konnten einzelne Branchen ihre Gewinne deutlich ausweiten. Ein Blick auf Ursachen, Versäumnisse und die Frage, warum Inflation nicht alle gleich trifft.

Philipp Gerhartinger, Leiter der Wirtschafts- und Verteilungspolitik in der Arbeiterkammer Oberösterreich.

Die Inflation ist eines der bestimmenden wirtschaftspolitischen Reizwörter der vergangenen Jahre. Und auch wenn die Zeiten mit monatlichen Spitzenwerten von über zehn Prozent vorbei zu sein scheinen, bleibt zu konstatieren, dass Österreich, was die Preissteigerung betrifft, immer noch deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone liegt: im Dezember 2025 zuletzt um fast zwei Prozentpunkte! Bis Ende 2025 fiel die kumulierte Inflation seit 2020 in Österreich um fast sechs Prozentpunkte höher aus als im Durchschnitt der Eurozone. Für 2025 gehen die Prognosen (zum Zeitpunkt des Verfassens) für Österreich immer noch von einer Inflation von etwa 3,5 Prozent aus. Der Zielwert der Europäischen Zentralbank beträgt zwei Prozent.

Warum ist das ein Problem?

Inflation ist mehr als nur ein Anstieg der Preise – sie ist ein schleichender Angriff auf die Kaufkraft der Menschen. Wenn das tägliche Leben teurer wird, verlieren die Menschen zunächst real an Einkommen. Lohnerhöhungen können das in der Regel erst im Nachhinein ausgleichen.

Hinzu kommt: Die Inflation trifft nicht alle Menschen in gleicher Weise. Besonders betroffen sind einkommensschwache Haushalte, die einen großen Teil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben – jene Preistreiber, die besonders stark zuschlagen. Demgegenüber profitieren Vermögende häufig von der Situation, weil Sachwerte wie Immobilien im Wert steigen. So kann Inflation bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen.

Auch der Staatshaushalt ist entgegen mancher Annahme mittelfristig

kein Profiteur der Inflation, insbesondere wenn wesentliche Teile der Inflation (Energiepreise) aus dem Ausland importiert werden. Zwar steigen mit den Preisen auch die Einnahmen an Konsumsteuern und mit Verzögerung auch an Lohn- und Einkommenssteuern, Schulden werden durch Inflation auch entwertet. Allerdings steigen viele Einnahmen nur entlang der Binneninflation, also der inländisch verursachten Inflation. Viele Ausgaben (z. B. Pensionen) steigen demgegenüber aber in Anlehnung an die Gesamtinflation, also inklusive der importierten Inflation. Mittelfristig ergeben sich daraus auch für die öffentlichen Budgets große Herausforderungen.

Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive ist Inflation nicht minder problematisch. Unsicherheit über Preise und Löhne erschweren die wirtschaftliche Planung – für Haushalte ebenso wie für Betriebe. Unsicherheiten und mangelndes Vertrauen führen zu Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen. Das ist Gift für das Wirtschaftswachstum. Kein Wunder, dass Österreich nicht nur mit Spitzenwerten bei der Inflation aus den letzten Jahren gekommen ist, sondern gleichzeitig mit besonders schlechten Wachstumsraten. Eine Herkulesaufgabe für die aktuelle Regierung.

Besonders ärgerlich: Ist die Inflation einmal im Wirtschaftskreislauf angekommen, ist sie viel schwerer zu bekämpfen. Denn zu hohe Inflation kann zu einem Teufelskreis führen. Und genau in einen solchen scheint Österreich geraten zu sein.

Woher kommt die Inflation?

Um das Problem zu lösen, muss man sich bewusst machen, woher es kommt. Vieles ist hausgemacht, der Ursprung

aber liegt in gestiegenen Importpreisen, insbesondere für Energie. Mit dieser Situation waren die allermeisten europäischen Staaten konfrontiert, viele davon haben die Inflation jedoch schnell in den Griff bekommen.

Die türkis-grüne Bundesregierung in Österreich war jedoch – trotz zahlreicher Aufrufe – nicht bereit, echte Preiseingriffe zu unternehmen. Ideologische Scheuklappen haben verhindert, dass die Inflation bei der Wurzel angepackt wurde.

Der internationale Vergleich zeigt, dass es auch anders möglich gewesen wäre. Zahlreiche Länder haben preispolitisch eingegriffen und so die Inflation relativ gut in Zaum gehalten. In Österreich wurde auf Einmalzahlungen gesetzt, die zwar vielen Menschen eine vorübergehende Kompensation boten, jedoch die Inflation nicht an der Wurzel packten. Hinzu kommt, dass die Preise hoch geblieben sind, während die Einmalzahlungen schon in der nächsten Periode ausblieben. Maßnahmen wie der Stromkostenzuschuss („Strompreisbremse“) und die Mietpreisbremse, welche grundsätzlich Potential hatten, die Inflation grundlegend zu bekämpfen, kamen deutlich zu spät und blieben durch Konstruktionsfehler in ihrer Wirkung beschränkt. Es waren eben keine echten Preisdeckel.

Ein Glück für viele Unternehmen, welche im Fahrwasser der ungezügelter Preissteigerung ihre Gewinne ungehindert ausdehnen konnten. Die Politik mangelnder Preiseingriffe war eben auch eine Politik, welche darauf verzichtet hat, mächtige Lobbys in ihrer Gewinnausweitung in die Schranken zu weisen. Ein Kniefall vor den Energiekonzernen, vor dem Vermietungssektor und zuletzt auch vor der Gastronomie & Lebensmittelindustrie.

Auch die Österreichische Nationalbank belegt in einer Studie, dass die zunächst stark gestiegenen Importpreise Auslöser der Inflation waren. Im nächsten Schritt, beginnend mit Mitte 2022 waren, jedoch steigende Unternehmensgewinne ausschlaggebend: zu Beginn hauptsächlich im Energiesektor, später aber auch in anderen Sektoren. Stärkere Lohnzuwächse hingegen sind gewissermaßen nur das zeitverzögerte Spiegelbild der hohen Inflation. Ist die Inflation einmal angekommen, müssen Gewerkschaften sicherstellen, dass die Arbeitnehmer:innen nicht die letzten in der Kette sind, die die Zeche bezahlen müssen.

Schulterschluss zur Preisdämpfung

Ein gesellschaftspolitischer Schulterschluss zur Preisdämpfung in der er-

sten Runde hätte auch die Lohnabschlüsse moderater möglich gemacht und so zu keiner ungezügelter Gewinn-Preis-Spirale geführt. Dafür gibt es in der Vergangenheit in Österreich auch ein gutes Beispiel, nämlich die paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen. Ihr gelang es in der Ölpreiskrise der 70er Jahre in sozialpartnerschaftlicher Manier Preise, Löhne und wirtschaftspolitische Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Viele Preise durften nur erhöht werden, wenn die Unternehmen nachweisen konnten, dass diese aus eigenen Kostensteigerungen resultierten und nicht zusätzlich die Gewinne erhöhten. Damit konnte Österreich – im Gegensatz zur aktuellen Situation – die große Teuerungskrise deutlich besser bewältigen als viele andere OECD-Länder. Anders formuliert, haben die Unternehmen auf

unnötige Preissteigerungen verzichtet, im Abtausch gegen moderate Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Genau in diese Richtung zielen aktuell geplante Maßnahmen im Bereich der Lebensmittelpreise. Zudem wurden von der neuen Dreierkoalition auch erste wichtige Schritte im Bereich der Energie- und Wohnpreise gesetzt. Unter den gegebenen Budgetrestriktionen und angesichts des fortgeschrittenen Stadiums der Gewinn-Preis-Spirale bleibt die Bekämpfung aber eine große Herausforderung, wenn gleich mit Ende 2025 bereits eine positive Trendumkehr bei Inflation wie auch Wirtschaftswachstum erkennbar war.

Aktion Autofasten 2026 - Fair zu Fuß unterwegs

Mit Beginn der Fastenzeit startet erneut die österreichweite Initiative Autofasten. Zwischen **18. Februar und 4. April 2026** sind Menschen aller Altersgruppen eingeladen, ihr Mobilitätsverhalten zu verändern und verstärkt klimafreundliche Wege zu nutzen. Die Aktion wird von den Umweltbeauftragten der katholischen und evangelischen Kirche getragen und richtet sich an Schulen, Pfarren, Senior:innen-Gruppen sowie die breite Bevölkerung. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Projekt „Autofasten am Schulweg“: Schulen erhalten ein großformatiges Mitmachplakat, auf dem Kinder für jeden autofreien Schultag ein grünes Blatt aufkleben. Daneben richtet sich die Aktion „Öffi-Schnuppern“ speziell an ältere Menschen. Pfarrgemeinden und Senior:innen-Gruppen erhalten ein eigenes Materialpaket, das den

Einstieg in die digitale Welt des öffentlichen Verkehrs erleichtert und



zu gemeinsamen Ausflügen einlädt. Für Jugendliche und Erwachsene gibt es die „Zu-Fuß-Geh-Challenge 2026“. Wer mindestens einen Kilometer geht und dies per Video

dokumentiert, nimmt automatisch am Gewinnspiel um ein regionales Klimaticket teil. Gleichzeitig fließt für jeden eingereichten Beitrag eine Summe in die Finanzierung eines Klimaanpassungsbaums. Auch ohne Video ist eine Teilnahme möglich.

Ein weiterer Höhepunkt ist der erste österreichweite „Zu-Fuß-Geh-Sonntag“ am 15. März 2026. Pfarren sind eingeladen, an diesem Tag bewusst zu Fuß zum Gottesdienst zu kommen und damit ein sichtbares Zeichen für nachhaltige Mobilität zu setzen. Die Aktion wird von der Initiative Österreich zu Fuß mit praktischen Alltagstipps unterstützt.

Im Zentrum aller Aktivitäten steht die Frage: Wie schaffen wir es, gesünder, klimafreundlicher und sozialer unterwegs zu sein? Autofasten will dazu motivieren, eingefahrene Wege zu hinterfragen.

Schuldenumwandlungen für Entwicklung – ein Instrument in der Kritik

Angesichts einer erneut eskalierenden Schuldenkrise in vielen Ländern des Globalen Südens rücken Schuldenumwandlungen wieder in den Fokus entwicklungspolitischer Debatten. Das Instrument verspricht Spielräume für Investitionen trotz knapper Kassen – steht aber zugleich wegen seiner Wirksamkeit und Konditionalität in der Kritik.

Jürgen Kaiser, Kunsthistoriker und
erlassjahr.de-Mitgründer

Die Schuldenkrise der so genannten „Dritten Welt“ ist zurück. Das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de und das Bischöfliche Hilfswerk Misereor attestieren auf der Basis von Daten der Weltbank im Jahr 2025 siebenundvierzig Ländern ein kritisches Schuldenniveau. Entschuldungsinitiativen der G7 und G20 in den vergangenen Jahren haben zwar punktuell wirkungsvolle Entlastungen gebracht, aber nicht verhindert, dass Länder erneut in Krisen geraten.

Auf diesem Hintergrund werden alte und neue Konzepte zur Entlastung der betroffenen Länder diskutiert. Eines davon ist die Umwandlung von öffentlichen Schulden bei ausländischen Gläubigern in Investitionen im Inland. Solche Schuldenumwandlungen entstanden in der Frühzeit der Schuldenkrise als *Debt-to Equity-Swaps*; das heißt der Anspruch eines privaten Kreditgebers wurde dadurch beseitigt, dass er statt Geld Anteile an den produktiven Einrichtungen des Schuldnerlandes (Fabriken, Infrastruktur) erhielt. Das Modell wurde zurecht dafür kritisiert, dass es de facto den Ausverkauf des Schuldnerlandes an das Ausland bewirkte und wird heute eher selten genutzt.

Die Idee der Schuldenumwandlung

Ein neuer Ansatz bestand dann darin, dass öffentliche Gläubiger auf Zinsen und Tilgungen verzichteten, wenn die Regierung des Schuldnerlandes im Gegenzug Mittel in nationaler Währung für Entwicklungsvorhaben im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit des Gläubigers bereitstellte. Die Vorteile dieses Modells sind offensichtlich: Das Schuldnerland braucht

seine begrenzten Hartwährungsreserven nicht anzugreifen, sondern kann viel leichter zu beschaffende nationale Währung verwenden. Der Gläubiger weitet seine Entwicklungszusammenarbeit aus, und nähert sich u.U. damit dem 0,7 Prozent-Ziel an. Mitunter werden auch internationale Institutionen wie der Global Fund (GFATM) oder das World Food Program (WFP) in ihrer humanitären Arbeit dadurch unterstützt.

Das Spektrum der so zu fördernden Entwicklungsvorhaben ist nahezu unbegrenzt: Gesundheit, Ernährungssicherheit, kommunale Infrastruktur, Naturschutz, Klimawandelanpassung und vieles mehr kann durch dieses Instrumentarium finanziert werden. Aktuell haben drei Geberländer explizite Programme zur Schuldenumwandlung, nämlich Deutschland, Italien und Spanien; andere wandelten in der Vergangenheit mit diesem Modell ad-hoc-Forderungen um, darunter Belgien, Portugal, Russland und andere.

Kritik aus der Entschuldungsbewegung

Aber es gibt auch Kritik an dem Modell. Diese kommt vor allem aus der weltweiten Entschuldungsbewegung von Kirchen, sozialen Bewegungen und NROs. Sie bezieht sich hauptsächlich auf zwei Aspekte: Zum einen darauf, dass eine Schuldenumwandlung eine starke Konditionalisierung des Schuldnerlandes impliziert, und zwar nicht nur allgemein, sondern bis in die Projektgestaltung hinein. Zum anderen, dass Schuldenumwandlungen zu klein sind, um tatsächlich eine Schuldenkrise überwinden zu können.

Beide Einwände beruhen auf Missverständnissen dessen, wozu Schul-

denumwandlungen eigentlich da sind: Noch nie ist eine Staateninsolvenz durch eine Schuldenumwandlung überwunden worden, und das wird auch niemals geschehen. Umwandlungen sind keine umfassenden Umschuldungen, sondern punktuelle Instrumente der Entwicklungsfinanzierung mit einer kleinen Entlastungskomponente. Nicht mehr und nicht weniger.

Und: Konditionen setzen nicht erst ein, wenn Schulden umgewandelt werden. Jede Schuldenerleichterung im „Pariser Club“ der Gläubigerregierungen ist an ein IWF-Programm gebunden. Umwandlungen erfolgen regelmäßig erst im Kielwasser solcher umfassenden Vereinbarungen zwischen Schuldner und Gläubigern. Vielmehr ist der Spielraum für die betroffene Schuldnerregierung und in manchen Fällen sogar die örtliche Zivilgesellschaft im Rahmen von Umwandlungen größer als bei IWF-Programmen, da das Schuldnerland zusammen mit dem Gläubiger darüber entscheidet, welche Bereiche begünstigt werden sollen.

Wenn private Gläubiger profitieren

Etwas anders sieht es indes bei einer anderen Form von Umwandlungen aus, die in jüngster Zeit auf starkes Interesse stößt. Dabei werden Schulden eines Staates bei privaten Gläubigern von der Regierung des Schuldnerlandes zurückgekauft, nachdem sie dazu eigens einen zinsgünstigen Kredit einer Entwicklungsfinanzierungsorganisation – etwa der Weltbank – erhalten hat. Da solche Kredite mit Zinsen im Bereich unter zwei Prozent und langen Laufzeiten viel günstiger sind als etwa mit bis zu zehn Prozent ver-

zinster Bankkredite, entsteht ein finanzieller Spielraum, der nun teilweise für das angestrebte Entwicklungs- oder Naturschutzvorhaben verwendet werden kann.

In diesem Fall scheint die Kritik des Instrumentariums plausibler: Der private Gläubiger, der zuvor einen lukrativen und je nach Vorhaben möglicherweise auch fragwürdigen Kredit platziert hat, verzichtet auf überhaupt nichts. Vielmehr werden Mittel, die global für die internationale Entwicklungsförderung vorgesehen sind – wie etwa die der Weltbank – dazu benutzt, einen privaten Gläubiger vollumfänglich auszuzahlen, auch wenn die Rückzahlung ansonsten alles andere als sicher wäre. Von den dadurch freiwerdenden Mitteln wird dann ein Teil für das angestrebte Entwicklungsvorhaben eingesetzt.

Schuldenumwandlungen sind keine Wunderwaffe für kritisch verschuldete Länder. Aber sie können ein wirksames Instrument zur Sicherstellung wichtiger Investitionen in Krisenzeiten sein.



Folgende Bücher sind im Fachbereich Gesellschaft und Soziales der Diözese Linz entlehnbar:

Stefan Seidel: Entfeindet Euch! Auswege aus Spaltung und Gewalt
Claudius Verlag, München 2024,
128 Seiten

Stefan Seidel nimmt die zunehmende Verfeindung in Politik, Gesellschaft und öffentlicher Debatte unter die Lupe. Er analysiert, wie Feindbilder entstehen und schlägt Wege aus der

Entfeindung vor: Empathie, das Zulassen von Zwischentönen, Dialog, Kompromiss und die Suche nach Gemeinsamkeiten.

Verfeindung, Spaltung und Polarisierung betreffen nicht nur internationale Konflikte, sondern sind in vielen Gesellschaften auch auf kommunaler und persönlicher Ebene spürbar. Seidels Buch trifft also einen echten Nerv, nicht als philosophischer Fachaufsatz, sondern als Appell. Die Vorschläge zur Entfeindung sind keine utopischen Träumereien, sondern beinhalten konkrete Vorschläge und Denkhaltungen, etwa das Akzeptieren des anderen in seiner Andersheit. Stefan Seidel bringt überzeugend zum Ausdruck, dass Feindschaft nicht naturgegeben ist, sondern kulturell und sozial erzeugt wird – und dass sie durch bewusste Entscheidungen zurückgedrängt werden kann.

R. Dillmann: Medien.Macht.Meinung. Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit.

PapyRossa Verlag, Köln 2025
239 Seiten.

Bisher galt als strenges journalistisches Grundprinzip die Trennung von Information und Meinung und damit verbunden auch die Kontrolle der Macht. In letzter Zeit übernahmen die Presse und die öffentlichen Medien immer mehr die Aufgabe die Berichterstattung an nationalen Interessen auszurichten. Es wird eine Politik der „Kriegstüchtigkeit“ befördert.

Inhaltliche Schwerpunkte dieses Buches sind: Methoden und Mechanismen der politischen Berichterstattung, Analyse von Besitzverhältnissen von Medien, Fallstudien zu aktuellen Feindbildkonstruktionen am Beispiel der Berichterstattung zum Ukraine Krieg, Gaza-Krieg und zum „Feindbild China“. Warum wird Pressefreiheit garantiert, aber gleichzeitig eingeschränkt? Eine informative und leicht zugängliche Lektüre. Eine Medien- und Ideologiekritik, die aufzeigt, wie der Weg in eine nationale „Kriegstauglichkeit“ medial begleitet wird, aus einem alternativen, medienkritischen Blickwinkel.

Was die Welt zusammenhält

Eines meiner Laster ist es, Zeit mit sozialen Medien zu verändeln. Meistens ist es ganz nett und lustig dort. Die Algorithmen kennen mich so genau, dass mir dauernd anrührende Clips vorgespielt werden, in denen rüddige Köter mit ein bisschen Zuwendung in wohlgenährte Schoßhunde verwandelt werden. Ach, liebe sich nur alles so leicht reparieren und retten! In derselben Sekunde zeigt mir Facebook ein Posting des ORF, das darauf aufmerksam macht, dass die derzeitige Kälte gefährlich für obdachlose Menschen sei, man möge auf sie Acht geben. Der einzige Kommentar, der darunter zu sehen ist: „Jaja, Hauptsache die Ausländer haben es warm.“

Zum Zeitpunkt des Erscheinens von „Interesse“ sind wohl die meisten Neujahrsvorsätze schon wieder gebrochen. Ich werde ein wenig zu viel Bier getrunken und zu viel Zeit auf Facebook verlumpt haben. Mein Scheitern macht mir nichts weiter, ich bin nun seit Jahrzehnten daran gewöhnt, und sehr disziplinierte Menschen machen mir eher ein bisschen Angst. Was mich plagt, ist die Richtung der Vorsätze: Keiner will fett, niemand will nett sein. Pardon, der Reim war schwach. Aber ich frage mich wirklich, was sich Leute wie der Kommentator oben für 2026 vorgenommen haben. Anonym noch gemeineres Zeug rausgeifern, weil Güte Blödsinn sei? Ich male mir aus, wie ich so einen verlassenen Menschen mit rüddigen Manieren auf der Straße antreffe, ihm auf die Schulter klopfe und ihn auf eine Suppe einlade, auf Wunsch sogar mit Bier. „Knurr' nicht so, wir meinen es gut mit dir“, würde ich sagen. Der Hassposter muss wirklich kein Schoßhund, nur einfach vom Gedanken heimgesucht werden, dass es Freundlichkeit ist, die das ganze Werk zusammenhält, nichts als Freundlichkeit gegenüber Fremden.

Ihre Weinbergschnecke

In Gedenken an Bischof em. Maximilian Aichern OSB



Soziale Gerechtigkeit war ihm ein großes Anliegen. Bischof Aichern förderte das Sozialreferat mit Engagement. Als tief gläubiger Humanist gab er Menschen das Gefühl, verstanden zu werden und geliebt zu sein.

Aufgewachsen in der Zeit des Faschismus und des 2. Weltkrieges war er ein überzeugter Vertreter des Dialoges und der Zusammenarbeit durch „sich zusammen Reden“, ein überzeugter Freund dessen, was in Österreich nach 1945 Sozialpartnerschaft, „Große Koalition“, demokratische Zusammenarbeit und feste Verankerung in den Menschenrechten hieß. Aichern wollte diesen konstruktiven Geist in Österreich erhalten und litt daran, wenn dieser missachtet wurde.

Gewalt, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit war ihm zuwider und er verstand sich wohl auch schon bevor er Bischof wurde als Brückenbauer. Obwohl Aichern aus konservativ-kirchlichem Milieu stammte, teilte er niemals den Sozialistenhass des konservativen Österreichs oder die Verachtung gegenüber Juden, Moslems, "Ausländern" oder Andersgläubigen.

Für Bischof Maximilian war die katholische Soziallehre keineswegs Nebensache, sondern ein Kernanliegen des Glaubens. Er war durch und durch vom 2. Vatikanischen Konzil geprägt. Unter seiner Leitung versuchte die Diözese Linz - auch im Konflikt mit vatikanischen Behörden - Frauen in kirchlicher Verantwortung zu fördern, viel mehr als es üblich war. Die Diözese arbeitete als erste einen Kollektivvertrag für ihre Mitarbeiter:innen aus, engagierte Lai:innen waren auf einmal ganz wichtig, das war neu. Er ermutigte und er dankte auch oft.

Maximilian Aichern initiierte den Sozialhirtenbrief der kath. Bischöfe und später das Ökumenische Sozialwort, gemeinsam mit den anderen christlichen Kirchen Österreichs. Niemals wäre dies ohne ihn und die von ihm geförderte Katholische Sozialakademie entstanden. Er war durch und durch Demokrat. Mit Leidenschaft arbeitete er an der Allianz für den freien Sonntag mit Gewerkschafter:innen und Unternehmen-Vertreter:innen und ging weltoffen und ökumenisch auf alle denkbaren Gruppen und Organisationen in der oberösterreichischen Gesellschaft zu. In Begegnungen mit Politiker:innen suchte er nie nur oberflächliche Höflichkeit, sondern ehrliche Auseinandersetzung um das Wohl der Menschen. Er besaß ein aufmerksames Gehör für Notleidende und stiftete persönlich Initiativen der sozialen Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung. Europa war ihm ein großes Anliegen, nicht nur als Wirtschaftsunion, sondern als Modell einer regelbasierten, friedlicheren Welt ohne Nationalismus und Verachtung.

Mit Maximilian Aichern verlieren wir eine große Persönlichkeit des christlichen Glaubens, einen wirklichen Mutmacher für alle, die Sorgen und Not haben, sich von Herzen eine gerechtere Welt wünschen. Er lebte eine Weltoffenheit, die uns heute, 2026, in Österreich immer wieder fehlt. Wir haben ihm alle viel zu verdanken.

Nachruf von DDr. Severin Renoldner, ehem. Leiter des Sozialreferates

resse - interesse - interesse - interesse - interesse -
sse - interesse - interesse - interesse - interesse -
se - interesse - interesse - interesse - interesse -

TERMINE

**Zeller Schlossgespräche –
Mut zum Wandel: Hoffnung leben,
Zukunft gestalten**

Keynote und Podiumsdiskussion

Do., 12. März 2026; 19:30 Uhr

Informationen und Karten:

☎ 0732 / 7720 – 51200

www.bildungsschloesser.at

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)

Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, FB Gesellschaft und Soziales, Diözese Linz,

Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732)7610 – 32 51

E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales/

Foto: Bischof em. Maximilian Aichern OSB / Quelle: ©Diözese Linz / Hermann Wakolbinger

Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15

Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz /

Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84,
4020 Linz



Katholische Kirche
in Oberösterreich